



Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 7.2.2008.

Bei Anerkennung der Tagesordnung beantragte die linke Liste, einen Antrag auf die Tagesordnung aufzunehmen, durch den der Rat die Bürger aufruft, an der Abstimmung des Bürgerbegehrens Golzheimer Friedhof teilzunehmen, nachdem Oberbürgermeister, CDU und FDP aufgerufen hatten, nicht an der Wahl teilzunehmen. Da die linke Liste nicht antragsberechtigt ist, übernahm die SPD diesen Antrag. Er wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Abgelehnt wurde durch CDU und FDP, eine aktuelle Anfrage der SPD zur Teilnahme am Konvent der Bürgermeister, dessen Mitglieder sich verpflichten, bei der Reduzierung ihrer CO2 Emissionen über die Ziele der EU hinauszugehen, auf die Tagesordnung zu setzen.

■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU erläuterte die Verwaltung, dass es zum Jugendschutzgesetz Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen Alkohol, Rauchen und illegale Drogen durch Flyer und Zusammenarbeit mit Schulen gibt. In Bezug auf erzieherischen Jugendschutz werden die Themen Medien, Sucht, Schulden, Gewalt und antidemokratische Tendenzen durch die städtischen Ämter bearbeitet. Demnächst sollen Schulen und Polizei miteinbezogen werden. Die Beratung des Konzeptes wird im Jugendhilfeausschuss erfolgen.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zum Ersatz von Gaslaternen durch LED-Leuchten gab die Verwaltung bekannt, dass zur Zeit ein Ausschreibungsverfahren für die Umstellung von 12.000 der 17.000 Gasleuchten in Vorbereitung ist. Hierfür sind Erschließungsbeiträge von den Anliegern nach Kommunalabgabengesetz zu erheben. Die Gasleuchten in historischen Stadtteilen sollen nur auf Elektrik umgestellt werden, wenn aufgrund von baulichen Gegebenheiten eine Gasversorgung nicht mehr möglich ist.

Mit der Absage des Hafenfestes befasste sich eine SPD-Anfrage. Die Verwaltung bekräftigte die Priorität der baulichen Weiterentwicklung des Hafens und zählte mehrere Bauvorhaben auf, die in 2008 im Bereich des Hafens durchgeführt werden (Kanalbaumaßnahmen, Ausbau Kesselstraße und Holzstraße, Hochhaus „Sign“, Bebauung Spitze Speditionsstraße). Die vorhandenen Stellplätze sind einzelnen Anliegern durch Baulast zugewiesen und stehen nicht für öffentliche Veranstaltungen zur Verfügung. Die Verwaltung bestätigte, dass grundsätzlich Veranstaltungen im Hafen möglich sind, wenn sich Konzept, Größe, Beanspruchung von öffentlichem Raum und Verkehr harmonisch in die Bauarbeiten einfügen.

■ Anträge der Fraktionen

Die SPD beantragte, die Verwaltung aufzufordern, in der nächsten Ratssitzung darzustellen, wie die Beratungen für den Haushalt 2009 vorbereitet und durchgeführt werden, da sich durch die Umstellung zum doppischen Rechnungswesen auch die Art der Beratungen im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements verändern muss. CDU/FDP stellten einen Änderungsantrag zur Abstimmung, durch den die Verwaltung beauftragt wurde, zeitnah Informationen zur veränderten Systematik in allen Fachausschüssen bereit zu stellen und Schulungen für die Ausschussmitglieder anzubieten. Auf Anregung von BÜ 90 wurde ergänzt, dass die Verwaltung darstellen soll, wie ein Bürgerhaushalt möglich ist und welche Schritte hierzu unternommen werden müssen. Dieser ergänzte Antrag wurde dann bei Enthaltung von SPD und linker Liste beschlossen, über den SPD –Antrag wurde nicht mehr abgestimmt.

Auf Antrag von CDU und FDP wurde die Verwaltung beauftragt, die Initiative für Thermografie-Aufnahmen mit weiteren 100.000 Euro zu fördern. Förderungen sollen davon abhängig sein, dass eine gezielte Verbesserung der energetischen Schwachstellen innerhalb eines Jahres begonnen wird. Kriterien für Fördermittel sollen im Umweltausschuss vorgelegt werden. Der Antrag wurde bei Enthaltung der SPD beschlossen, die den Antrag in den Fachausschuss überweisen wollte, damit zunächst die Kriterien erarbeitet werden.

BÜ 90 hatte beantragt zu beschließen, dass zukünftig für Dienstreisen, die Ratsmitglieder und Angehörige der Verwaltung mit dem Flugzeug durchführen, eine freiwillige Öko-Abgabe an atmosfair gezahlt wird. Hierzu hatten CDU/FDP einen Änderungsantrag eingereicht, die freiwillige Ökoabgabe an atmosfair oder eine andere Initiative abzuführen. Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Abgelehnt von CDU, FDP und Lemmer wurde ein Antrag der SPD, zukünftig keine Nokia-Diensthandys mehr zu beschaffen, wenn möglich die vorhandenen Geräte auszutauschen und bei den Tochtergesellschaften darauf hinzuwirken, dass auch dort keine Handys von Nokia beschafft werden. Der Oberbürgermeister sprach von billiger Schmierenkomödie und nannte die Sozialdemokraten schizophran.

Abgelehnt von CDU, FDP und Düsseldorfer Bündnis wurde ein Antrag von BÜ 90, zum Thema Antidiskriminierung/Gleichstellung in Bezug auf die Umsetzung der Diversity Charta die aktuellen Programme abzugleichen und zu verzahnen, notwendige inhaltliche Ergänzungen einzufügen, die Ressourcen zu prüfen und bereitzustellen und ein Controlling einzuführen.

Es gibt eine EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt, die verfügt, dass die Mitgliedsstaaten erforderliche Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt treffen. Die Maßnahmen können spezifische Maßnahmen für die Begleichung von Stromrechnungen oder allgemeine Maßnahmen innerhalb des Sozialsicherungssystems beinhalten. Abgelehnt wurde ein Antrag der SPD von CDU, FDP, Düsseldorfer Bündnis (Enthaltung BÜ 90, Lemmer), einen Bericht vorzulegen, wie diese EU-Richtlinie in Düsseldorf umgesetzt wird, um Zählersperrungen bzw. Überschuldung von Menschen durch hohe Energierechnungen zu vermeiden.

Zugleich sollten Anreize zum sinnvollen Umgang mit Energie nicht geschmälert werden. Über den Städtetag sollte die Verwaltung initiativ werden, um bundesweit einen gesetzlich vorgeschriebenen Sozialtarif zu etablieren.

Über einen Änderungsantrag von BÜ 90, einen Bericht über die Situation benachteiligter Strom- und Gaskunden sowie ein zielgruppengerechtes Konzept Armutsbekämpfung und Klimaschutz vorzulegen mit dem Ziel, die Energie für Wärme und Elektrizität einkommensschwacher Haushalte zu reduzieren, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Einstimmig beschloss der Rat auf Antrag der FDP, dass Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung mit regelmäßigem Publikumsverkehr so eingerichtet werden, dass Bürgerinnen und Bürger vertraulich kommunizieren können. Entsprechende organisatorische und bauliche Maßnahmen sind zu treffen.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat stellte einstimmig die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Der Jan-Wellem-Platz gehört uns allen“ fest. Sodann wurde die Ratssitzung unterbrochen, um einem Vertreter des Bürgerbegehrens Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Herr Dr. Forßmann forderte dazu auf, dem Bürgerbegehren beizutreten, um die Zeit zu nutzen, einen internationalen Wettbewerb auszuschreiben, um zu einer Lösung zu kommen, die breiten Rückhalt in der Bevölkerung hat. Der Antrag von SPD und BÜ 90, dem Bürgerbegehren beizutreten erhielt keine Mehrheit, beschlossen wurde der Verwaltungsvorschlag mit den Stimmen von CDU und FDP, dem Bürgerbegehren nicht beizutreten. Deshalb kommt es nun zum Bürgerentscheid.

Der Rat genehmigte gegen BÜ 90 und linke Liste einen Dringlichkeitsbeschluss, durch den die Stichstraße am ehemaligen Rheinbahndepot Siegburger Straße in Prof.-Schwippert-Straße benannt worden war.

Einstimmig bestimmte der Rat die Vertreter des allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters. Das sind in folgender Reihenfolge – entsprechend ihrer Dienstzeit - die Dezernenten Leonhardt, Hintzsche, Kruse, Dr. Bonin und Lohe sowie die Dezernentin Stulgies.

Bei Enthaltung der linken Liste beschloss der Rat Änderungen der Geschäftsordnung und der Zuständigkeitsordnung des Rates, die aufgrund der Änderungen der Gemeindeordnung notwendig sind. Auch die Hauptsatzung wurde aufgrund der neuen Gemeindeordnung geändert (gegen linke Liste). Ein Antrag der SPD, die Bezeichnung Bezirksvorsteher/in durch Bezirksbürgermeister/in zu ersetzen, wurde von CDU und FDP abgelehnt (Enthaltung BÜ 90).

Der Rat beschloss bei Enthaltung von BÜ 90, Lemmer und linker Liste die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt – Diversity als Chance“. Die Unterzeichner setzen ein sichtbares Zeichen für eine Kultur der Vielfalt und des Zusammenhaltes ihrer Organisation auf der Basis wechselseitiger Akzeptanz und gegenseitigen Vertrauens. Sie schaffen für ihre Mitarbeiter/innen ein modernes Arbeitsumfeld, das frei von Vorurteilen ist, und fördern die vielfältigen Fähigkeiten und Potenziale. Über den Fortschritt bei der Förderung der Vielfalt wird jährlich Auskunft gegeben.

Einstimmig beschloss der Rat eine Neufassung der Bestimmungen über die Verleihung des Heinrich-Heine-Preises. Nach der Diskussion um die Verleihung des Heine-Preises an Peter Handke im Jahr 2006 hatten die Fraktionen vereinbart, die Regularien zu verändern. In Zukunft wird die Entscheidung über die Vergabe des Preises nicht mehr im Rat, sondern in der Jury selbst getroffen. Dafür wird die Zusammensetzung der Jury verändert. Ihr gehören künftig 13 Mitglieder an (bisher 12): Oberbürgermeister/in, je ein Vertreter/eine Vertreterin der im Kulturausschuss vertretenen Fraktionen (bisher Vorsitzende/r und Stellvertreter/in des Kulturausschusses), Kulturdezernent/in, Leiter/in des Heinrich-Heine-Instituts, Rektor/in oder ein entsandtes Mitglied der Heinrich-Heine-Universität, ein von der Heinrich-Heine-Gesellschaft entsandtes Mitglied, vier vom Rat zu wählende Mitglieder, die weder Rat noch Verwaltung angehören. Das Land ist in der Jury nicht mehr vertreten. Die Mitglieder der Jury haben jeweils eine Stimme, für eine Entscheidung ist eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit erforderlich. Bisher hatten die städtischen Mitglieder jeweils eine, die nicht städtischen jeweils zwei Stimmen. Die Entscheidung bedurfte der $\frac{2}{3}$ Mehrheit. Die nächste Preisverleihung findet am 13. Dezember 2008 statt.

■ Investitionen

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung

- der Dachsanierung des Aquazoo und der Erneuerung des Gewächshauses mit voraussichtlichen Kosten von rd. 730.000 Euro (einstimmig).

Der Rat

- beschloss den 2. Bauabschnitt der Sanierung der Tonhalle, Kosten 2,4 Mio Euro. Die Sanierung umfasst Asbestsanierungen, Brandmeldeanlagen, Erweiterungen der Tageskassen, automatische Türöffnung, Instandhaltungen an Fassade und Fenstern,
- stellte Mehrkosten in Höhe von 496.000 Euro für den Ersatzneubau des Werkstattgebäudes Berufskolleg Redinghovenstraße 20 zur Verfügung, nachdem die Baukosten um 11 % gestiegen waren und Mehrkosten für die Entsorgung von kontaminiertem Boden entstanden sind.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Leibauer

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.